

zdi

zeitung der jungsozialisten georgsmarienhütte

EXTRA

nr. 3

Sondernummer 3 - Oktober 1981

Verantwortlich: Annerose Brouwer /

Rainer Korte / Hermann Raufhake / Reinhold Thiede /

Auflage: 200

Preis: 1,- DM

Anschrift: Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Georgsmarienhütte

Telefon: (05409) 1487



»Man muß endlich einmal
einen Schlußstrich ziehen und uns nicht immer wieder
unsere Vergangenheit vorwerfen...«

Liebe Leser!

Diese dritte Sondernummer unserer ZdJ befaßt sich ausschließlich mit der Diskussion um die Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer der Nazi-Diktatur aus Georgsmarienhütte.

Es soll auf den folgenden Seiten dargestellt werden, wie es zu der Auseinandersetzung um diesen Gedenkstein gekommen ist und welche Argumente vorgebracht wurden; darüberhinaus soll aber auch gezeigt werden, wie schwierig es ist, etwas über das Leben in Georgsmarienhütte in der Zeit zwischen 1933 und 1945 zu erfahren. Den Abschluß dieser Nummer bildet eine Dokumentation der Presseartikel zum Thema "Naziopfer-Gedenkstein". Wir hoffen, diese Sondernummer kann zu einer sachlichen und fairen Diskussion beitragen.

(Alle Karikaturen in dieser Nummer sind aus Kurt Halbritters Buch "Jeder hat das Recht"; als Taschenbuch 7,80 DM)

einleitung

Im April 1980 haben wir Jusos das erste Mal im Stadtrat angeregt, zum 10-jährigen Bestehen der Stadt GMHütte einen Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialismus, die aus dem heutigen Gebiet der Stadt stammten, aufzustellen.

Diesen Vorschlag machten wir, da nach unserer Auffassung Jubiläen dazu anregen sollten, auch der negativen Seiten einer Vergangenheit zu gedenken.

Diese Anregung wurde dann lange intern im Rat diskutiert, bis die CDU schließlich mit ihrer Mehrheit den Gedenkstein ablehnte.

Daraufhin gingen wir ein zweites Mal in

die Öffentlichkeit. Aufgrund aggressiver Angriffe der CDU bzw. der CDU-Spitze auf uns Jusos drohte dieses ernste Thema schließlich Gegenstand des Wahlkampfes zu werden. Da uns diese Angelegenheit dafür zu ernst ist, stellten wir alle Aktivitäten zur Errichtung eines solchen Steines bis zur Kommunalwahl am 27.9.81 ein.

Die Wahl ist vorbei - wir wollen die Diskussion nun wieder aufnehmen. Material für diese Diskussion soll u.a. auch dieses ZdJ-Sonderheft bieten, mit dem wir unseren Standpunkt umfassend deutlich machen wollen.

So fing es an

Text der Anfrage zur öffentlichen Ratssitzung vom 24. April 1980

"Ich möchte um Beantwortung folgender Fragen bitten:

1. Ist der Stadtverwaltung bekannt, welche Personen aus dem Einzugsbereich des heutigen Stadtgebietes von den Nationalsozialisten ermordet worden sind? Wieviele Personen waren es insgesamt?
2. Falls die Namen nicht bekannt sind, welche Möglichkeiten werden gesehen, um die Namen dieser Personen in Erfahrung zu bringen?

Anregung: Ich erlaube mir folgende Anregung zu geben: Zum 10jährigen Be-

stehen der Stadt Georgsmarienhütte wird an zentraler Stelle eine Gedenktafel mit den Namen aller durch das Nazi-Regime ermordeten Personen, die aus dem Bereich der heutigen Stadt GMHütte kamen, aufgestellt.

Rainer Korte"

Die Antworten der Stadtverwaltung:

1. nein
2. Es soll ein Aufruf an die Bevölkerung gehen, Namen zu nennen.

NOZ 26.4.80

Stadt GMHütte fragt:

Wer kenn Nazi-Opfer?

Sehr kurze Sitzung des Stadtrates

Georgsmarienhütte. Eine knappe halbe Stunde benötigte der Georgsmarienhütter Stadtrat am Donnerstag für acht Tagesordnungspunkte, die sich fast ausschließlich mit Bebauungsplänen und Erschließungsbeiträgen befaßte. Im Zusammenhang mit einer Anfrage des Ratsmitglieds Rainer Korte stellt die Stadtverwaltung die Frage: Wem sind Opfer der Nationalsozialisten bekannt, die im heutigen Stadtgebiet gewohnt haben?"

Korte hatte in einer Anfrage die Stadtverwaltung gebeten, ihm die Zahl der Nazi-Opfer zu nennen, die auf dem heutigen Stadtgebiet gelebt haben. Anregung von Bürgermeister Siepelmeyer zu dieser Anfrage: Die Stadt sollte zu ihrem zehnjährigen Bestehen eine Gedenktafel aufstellen, auf der die Namen der Opfer stehen. Da die Stadtverwaltung jedoch keinerlei Angaben über diesen Personenkreis besitzt, wendet sie sich mit dieser Frage an die Bevölkerung.

Jusos fordern Gedenkstein

Initiative will an NS-Opfer erinnern

Georgsmarienhütte. Einen Gedenkstein für die Opfer des Naziregimes wollen die Georgsmarienhütter Jungsozialisten in ihrer Stadt errichten. Nachdem ein derartiger Antrag im zuständigen Ratsausschuß abgelehnt worden ist, ergriffen die Jusos nun selbst die Initiative.

man nur begegnen, wenn man den Terror des Dritten Reiches und dessen Opfer nicht vergißt. Der geplante Gedenkstein soll daran erinnern, den Anfängen eines neuen Faschismus zu wehren."

In einer Erklärung des SPD-Nachwuchses zu diesem Thema heißt es: „Gerade in einer Zeit zunehmender neonazistischer Gewalttaten ist das Andenken der Opfer des Nazi-Faschismus in Deutschland besonders zu wahren. Der Gefahr des Neofaschismus kann

NOZ
3.1.81

Gedenkstein für Nazi-Opfer in G.M.Hütte?

Am 24.4.1980 brachten wir über den einzigen Juso im Rat eine Anfrage folgenden Inhalts ein:

- (1) "Sind der Verwaltung die Namen derjenigen bekannt, die aus dem Bereich der heutigen Stadt Gmhütte von den Nazis zwischen 1933 und 1945 verfolgt oder ermordet wurden?"
- (2) "Welche Möglichkeiten bestehen, diese Namen in Erfahrung zu bringen?"

Zudem wurde angeregt, "an zentraler Stelle eine Gedenktafel mit den Namen aller durch das Nazi-Regime ermordeten Personen, die aus dem Bereich der heutigen Stadt Gmhütte kamen" aufzustellen.

Die Namen waren (und sind!) der Verwaltung nicht bekannt. Ohne Widerspruch wurde zunächst beschlossen, daß die Namen seitens der Stadtverwaltung in Erfahrung gebracht werden.

In der nächsten Kulturausschuß-Sitzung am 2. Juni wurde die Frage des Nazi-Gedenksteines für die folgende Sitzung auf die Tagesordnung gebracht. Auf jener Sitzung, am 10. Juli, beschloß der Ausschuß einstimmig, sich mit der Sache weiter zu befassen. Dies geschah dann am 15. Oktober, wo der Ausschuß sich ohne Widerspruch positiv zur Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Nazi-Terrors aussprach.

Die konkrete Entscheidung sollte in der folgenden Sitzung fallen, damit die beiden Fraktionen Aufstellungsort und Aufschrift des Steines noch einmal diskutieren könnten. Die SPD-Fraktion entschied sich in einer sehr ernsten Diskussion dafür, den Stein im Ortskern aufzustellen. Die Inschrift sollte sich ausdrücklich auf die Opfer des Nazi-Regimes beziehen, nicht allgemein auf Opfer totalitärer Systeme.

Diesen Artikel haben wir wörtlich aus unserer ZdJ Nr. 14 vom März 1981 übernommen.

Wie meinen, daß er die Entwicklung der Diskussion ganz gut beschreibt und auch heute noch längst nicht "überholt" ist!

In der Sitzung am 10. Dezember kam dann von der CDU der Hammer: in einer äußerst ruppigen, unernsten, dem Thema in keiner Weise angemessenen Art bügelte die CDU-Fraktion den Antrag unter. Formale Begründung: mit der Krypta der Hl. Geist-Kirche hätten wir hier Gedenkstätten genug - und damit basta!

Bei dieser Diskussion ging (gewollt?) vieles durcheinander: es wurde der Sinn von Gedenkstätten angezweifelt - aber warum das gerade bei einem Gedenkstein für die Nazi-Opfer, warum nicht bei Gedenkstätten für die Kriegsgefallenen? Weiter wurde so getan, als ob ein Stein, der sich ausdrücklich auf Nazi-Opfer bezieht, einseitig sei. Aber: Ist die Gleichstellung des Nazi-Staates mit anderen totalitären Systemen, z.B. dem Stalinismus oder der heutigen DDR nicht unangebracht, da Mauer und Schießbefehl - so unmoralisch und inhuman sie auch sind - eben nicht mit der systematischen Massenvernichtung im 3. Reich zu vergleichen sind. Mit derartigen Gleichstellungen wird der Faschismus verharmlost, fast schon entschuldigt und letztlich irgendwann einmal vergessen werden!

Um nicht mißverstanden zu werden: wir unterstellen der CDU nicht, daß sie den Faschismus verteidige oder ihn nicht ablehne. Was wir ihr vorwerfen ist die Tatsache, daß diese politische Partei nicht fähig oder nicht willens (oder beides) ist, sich mit dem Faschismus als Teil der deutschen Geschichte auseinanderzusetzen.

Und noch etwas: In der gleichen Sitzung, in der der Nazi-Gedenkstein abgelehnt wurde, ist eine Partnerschaft mit der israelischen Stadt Ramat Hasharom beschlossen worden. Welch ein Widerspruch! Will man Geschichte sozusagen außerhalb unseres Landes bearbeiten, indem man - wie die offizielle Politik der BRD in den 50er und 60er Jahren - besonders israel-freundlich ist? Kann man auf diese Art sein schlechtes Gewissen bewältigen?

Gehört nicht zu einer Partnerschaft mit einer Stadt in Israel die Kenntnis und das Bekenntnis zu der eigenen Vergangenheit vor Ort, hier in Gmhütte?

Ist es nicht beschämend, daß die Opfer des Nazi-Regimes in Gmhütte nicht namentlich bekannt sind?

Mit ihrem Verhalten im Kulturausschuß hat die örtliche CDU ihren Beitrag zur Verdrängung der Zeit von 1933 bis 1945 geleistet und das ist bedauerlich!

Für einen Gedenkstein

Es gibt zwar schon eine Gedenkstätte in GMHütte - die Krypta unter der Hl. Geist Kirche in Oesede; der Hinweis auf diese Gedenkstätte durch einige Politiker zeigt jedoch, wie sie sich die Bewältigung der braunen Vergangenheit vorstellen: Möglichst unverfänglich, zwar mit einem moralischen Appell, aber eben ohne Durchleuchtung des politischen Hintergrundes des 3. Reiches. Damit soll nichts gesagt sein gegen die Krypta! Wir Jusos haben dieses Mahnmal unter der Führung von Pastor Woldering besichtigt und waren beeindruckt. An dieser Stelle hat die örtliche katholische Kirche das ihre getan zum Gedenken an den Faschismus und seine furchtbaren Greuel-taten. Zu erinnern an die Opfer des Faschismus in GMHütte ist Aufgabe der politischen Kommune. Dies jedoch widerstrebt einigen konservativen Politikern vor Ort. Faschismus hat für sie vor vielen, vielen Jahren in Berlin und anderswo stattgefunden - daran möchten viele in GMHütte nicht erinnert werden; ebensowenig wollen sie daran erinnert werden, wie sich der Faschismus in GMHütte damals dargestellt hat und welche Resonanz er gefunden hat. In den Schulen wurde und wird z.T. das Aufkommen des Faschismus und die Zeit von 1933 - 1945 überhaupt nicht oder nur oberflächlich behandelt.

So haben es faschistische Organisationen und braune Terrorbanden nicht schwer gehabt, offen gegen alles Nicht-Deutsche zu hetzen, Hakenkreuze und Nazi-Parolen an die Wände zu schmieren und ihre Geschichtsfälschungen unter die Leute zu bringen.

Uns Jusos hat man vorgeworfen, nur ein politisches Süppchen kochen zu wollen. Natürlich haben wir mit unseren Aktivitäten für ein Mahnmal ein politisches Ziel: wir wollen dazu beitragen, daß der Faschismus in Deutschland nie wieder sein Haupt erheben kann.

Es waren schon mal die Sozialisten, die neben den Kommunisten als erste in den Gefängnissen und KZ's verschwanden, während viele konservative Kräfte noch glaubten, es wäre alles nicht so schlimm - bis sie selbst dran waren.

Wir meinen, ein Gedenkstein kann über den Faschismus und seine Verbrechen aufklären, er kann eine Mahnung und Warnung für die Lebenden sein, er kann Respekt vor den Opfern bezeugen und deutlich machen, daß ihr Widerstand nicht ganz vergeblich war.

N i e w i e d e r F a s c h i s m u s ,
n i e w i e d e r K r i e g !

Kein Gedenkstein für Opfer der Gewalt schlechthin

Eine wichtige Rolle in der bisherigen Diskussion spielte das Argument, man solle doch für alle Opfer jeglicher Gewalt in der Welt einen Gedenkstein aufstellen, da wären die Opfer der Nazis doch auch mit eingeschlossen. Damit wird gesagt, daß die Nazi-Verbrechen zwar schlimm und verurteilenswert gewesen seien, ansonsten aber eigentlich doch die meisten Völker solche Verbrechen begangen hätten. Abgesehen davon, daß jedes Volk seine eigene Geschichte selbst aufarbeiten muß, hatten die Verbrechen der Nazis im Namen des deutschen Volkes eine ganz besondere 'Qualität'. Hier wurde - neben den 'üblichen' Verbrechen - kaltblütig und systematisch versucht, ein ganzes Volk auszurotten und andere Völker zu Sklaven der Deutschen zu machen. Dies, ohne daß sich

größere Teile unseres Volkes gegen diese Ideologie und gegen diese Praxis gewehrt hätten.

Erst wenn wir Deutsche alles getan haben, um unsere braune Vergangenheit zu bewältigen, können wir im Zusammenhang mit den faschistischen Verbrechen auf andere Menschenrechtsverletzungen hinweisen.

Solange aber Naziprozesse nicht stattfinden oder verschleppt wurden, bis sich die Augenzeugen nicht mehr erinnern konnten, solange ehemalige Spitzennazis und ihre Helfershelfer in hohe und höchste Ämter gelangen, solange Sintis (Zigeuner) keine Wiedergutmachung bekommen wie andere Verfolgte, solange keine Nazi-Richter für ihr grausames Tun zur Rechenschaft gezogen werden,

- solange hat unser Volk dieses Recht nicht!

Gedenkstätten

Im Verlauf der Diskussion um die Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer der Nazi-Diktatur wurde immer wieder von den Gegnern eines Mahnmales betont, es gebe in Georgsmarienhütte bereits mehrere Gedenkstätten für die Opfer des III. Reiches. Wir haben im folgenden Artikel einmal aufgelistet, welche Gedenkstätten in Gmhütte tatsächlich zu finden sind und für wen sie errichtet wurden.

GEDENKSTÄTTEN FÜR KRIEGSOPFER

1. Gedenkstätte Dröper-Oesede, Wellendorfer Str. .
Zum Gedenken an die Gefallenen des 1. und 2. Weltkrieges.
2. Gedenkstein des Schützenvereins Oesede, Ecke Papiermühle/Schmidtstraße.
Zum Gedenken an die Gefallenen des 1. Weltkrieges und an die Gefallenen und Toten des 2. Weltkrieges.
3. Gedenkstätte Alt-GMHütte, Hospitalweg.
Zum Gedenken an die Gefallenen des 1. und 2. Weltkrieges.
4. Gedenkstätte Harderberg, Str. "am Harderberg".
Zum Gedenken an die Gefallenen.
5. Gedenkfriedhofsstätte auf dem Friedhof Kloster Oesede.
Zum Gedenken an die Gefallenen.
6. Gedenkstätte auf dem Friedhof in Oesede.
Zum Gedenken an die, die im Kriege (2. Weltkrieg) starben.



»... doch soll man nicht verlangen, daß wir vor dem uns und dem deutschen Volke angetanen Unrecht die Augen verschließen und einfach vergessen!«

GEDENKSTÄTTEN FÜR NAZI-OPFER

- Krypta unter der Hl. Geist Kirche in Oesede (Overbergstr.).
Stellt den kirchlichen Widerstand am Beispiel von 4 Priestern dar.
- Wohnviertel in Oesede-Mitte hat als Straßennamen die Namen von national bekannten Widerstandskämpfern:
 - Graf-Stauffenberg-Str. (20. Juli 44),
 - Wilhem-Leuschner-Str. (im Zusammenhang mit dem Attentat vom 20. Juli 44 hingerichtet, SPD),
 - Ludwig-Beck-Str. (20. Juli 44),
 - Kreisauer Str. (der sogenannte Kreisauer Kreis, eine Gruppe von Widerstandskämpfern um von Moltke, zum größten Teil nach dem 20. Juli 44 hingerichtet),
 - Jakob-Kaiser-Str. (Mitglied des christlichen Widerstandes gegen die Nazis, nach dem Kriege Mitbegründer der CDU),
 - Karl-Goerdeler-Str. (20. Juli 44),
 - Edith-Stein-Str. (Philosophin und Ordensschwester, 1942 in Auschwitz ermordet),
 - Lichtenbergstr. (Priester, Domprobst in Berlin, predigte gegen die Nazis, starb auf dem Wege nach Dachau),
 - Alfred-Delp-Str. (Pfarrer in München, arbeitete im Kreisauer Kreis mit, im Zusammenhang mit dem 20. Juli 44 hingerichtet),
 - Dietrich-Bonhoeffer-Str. (Priester, Mitglied der Bekennenden Kirche, 1945 hingerichtet)¹
 - Geschwister-Scholl-Str. (von der Jugendbewegung geprägt und von christlichen-idealistischen Vorstellungen beeinflusst, verteilten in München Flugzettel und riefen zum Widerstand auf, 1943 hingerichtet).

Diese Namen repräsentieren - bis auf Leuschner - den christlichen und kirchlichen Widerstand.

Gab es nur diesen Widerstand?

Gmhütte zwischen 1933 und 1945

Mit der Diskussion um ein Mahnmahl für die Opfer des Faschismus aus Gmhütte wollten wir u.a. auch erreichen, daß endlich einmal über das Leben in unserer Stadt während der Herrschaft der Nationalsozialisten gesprochen wird. Was bisher in den Chroniken der Stadt über diese Zeit zu finden ist, ist ausgesprochen "mager", wie die folgende Aufstellung zeigt.

Aufschlußreich sind hoffentlich auch die Wahlergebnisse der NSDAP aus den frühen 30er Jahren im Raume Osnabrück/Gmhütte, die auf Seite 8 zu finden sind.

Aus: Die Pfarre Oesede, Chronik von August Suerbaum, Osnabrück o. J. (vermutlich 1963/64)

"Schwer waren die Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft für die Geistlichen. Überall Erschwerung der kirchlichen Arbeit. Ein kirchlicher Verein nach dem andern wurde in seiner Tätigkeit lahmgelegt oder gar aufgehoben (Deutsche Jugendkraft, Kolping, Kath. Arbeiterverein). Die größte Sorge bereitete die Erschwerung in der Erziehung der Jugend. In den Schulen wurde der Religionsunterricht auf zwei Stunden wöchentlich beschränkt. Um wenigstens diese Beschränkung in etwa auszugleichen, wurde Seelsorgunterricht eingeführt. Geistliche und ausgebildete Laienkräfte führten ihn durch. Das religiöse Schrifttum wurde unterdrückt, zum größten Teil verboten oder durch Verweigerung der nötigen Papierzuteilung zum Erliegen gebracht. Dafür erhielt die Jugend nationalsozialistisches Schriftgut in Unmenge in die Hand gedrückt.

Und dann kam der zweite Weltkrieg. Der Bombenhagel verschonte auch Oesede nicht ganz. Einige Häuser wurden zerstört und einige Einwohner getötet. Auch die bunten Fenster an der Westseite der Kirche erlitten Beschädigungen. 204 Gefallene und noch viele Vermißte mußte die Pfarrgemeinde beklagen. Zum zweitenmal wurden die Glocken in Kanonen umgegossen, wieder blieb nur die kleinste Glocke."

(Seite 37)

Über Pfarrer Degen:

"Die Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft brachte Degen viele seelsorgerische Probleme. Einmal hatte er sich durch seine Predigten den Zorn der derzeitigen Machthaber zugezogen, und an einem Sonntagmorgen wurden alle Parteigenossen der Umgegend zusammengerufen, um gegen den Oeseder Pfarrer zu demonstrieren. Dieser Grund wurde ihnen aber verschwiegen. Als sie merkten, was beabsichtigt wurde, verschwand mancher Teilnehmer still zur Seite. Doch als man zum Kirchplatz kam, trat Pfarrer Degen aus der Sakristei, ging den ganzen Zug entlang, sah jedes Transparent an und forderte, auf ein Schild mit der Aufschrift "Hört nicht auf euren alten Pfarrer" zeigend: "Das wird sofort eingerollt!" Und das furchtlose Auftreten hatte Erfolg. Man rollte die Schilder ein und zog ab. Ein halbes Jahr später forderten die örtlichen Parteidienststellen sogar Pfarrer Degen auf, zum Erntedankfest die Ansprache zu halten."

(Seite 48)

Aus: Chronik der Pfarrgemeinde Harderberg, Bernd Holtmann, Osnabrück 1975

"Die Vorsteher (Bürgermeister) von Harderberg

1933 Vogt, Christian (nur einige Wochen)
1933 - 1937 Rolf, Heinrich
1937 - 1945 Colon Sundermann, Eberhard"

(Seite 23)

"Man war sich einig, in der Nähe des neuen Friedhofes eine Kirche zu errichten. Die Ungunst der Zeit und die nationalsozialistischen Wirren ließen solche Pläne nur schwerlich verwirklichen....

Nach dem Ende der Nazi-Herrschaft und dem Zusammenbruch Deutschlands bemühten sich die Geistlichen der Josefs-gemeinde in Osnabrück, in Harderberg den alten Plan eines eigenen Kirchen-zentrums wachzuhalten."

(Seite 26)

Auf den Seiten 94 - 98 sind die Gefallenen und Vermißten der beiden Weltkriege namentlich aufgeführt. Auf Seite 97 steht zudem noch folgendes:

"Matthias Bensmann, geb. 17.6.1913, wurde aufgrund einer Geisteserkrankung am 17.1.1943 in den Anstalten zu Hadamar/Westerwald von den Nationalsozialisten (SS) umgebracht".

"Bemühungen um eine eigene Kirche kamen dann wieder 1936 auf, als aber schon die Nationalsozialisten ihren Kampf gegen die Kirche begonnen hatten. So wurde zwar ein Friedhof angelegt, doch die Totenmessen mußten provisorisch im Saal Werkmeister gehalten werden, 12 Jahre lang."

(Seite 99)

Über den Kirchbau-Verein Harderberg e.V.:

"Aufgrund der nationalsozialistischen Maßnahmen wurde die Tätigkeit 1937 eingestellt, 1946 aber erneut aufgenommen."

(Seite 107)

»Der hat früher
am lautesten Heil Hitler geschrien und heute
ist er wieder ganz oben.«



Aus: Georgsmarienhütte
 Malbergen
 in Geschichte und Gegenwart
 Eine Festschrift
 1951
 Herausgegeben vom Kolpinghaus
 Georgsmarienhütte - Malbergen e.V.

"Im Jahre 1933 wurde das Kriegerehrenmal am Buchenhochwald gegenüber dem Park eingeweiht...
 Diese zum Teil erfreuliche Entwicklung wurde erheblich getrübt durch Willkürmaßnahmen auf kulturellem Gebiet, wie widerrechtliche Auflösung der krichlichen Vereine und Einführung der Gemeinschaftsschule.
 Der 2. Weltkrieg brachte Not, Gefahren und schwere Belastung."

(Seite 34)

Über das Vereinsleben:

Jungfrauenkongregation: "Nach den unseligen zwölf Jahren der Einengung begann die Arbeit im Jahre 1945 wieder in vollem Umfang." (Seite 49)

Arbeiterverein: "Im Jahre 1937 wurde der Verein von der damaligen Staatsbehörde aufgelöst und sämtliche Vereinsakten beschlagnahmt. Schon 1935 mußten die meisten Vereinsmitglieder unter wirtschaftlichem Druck ihren Austritt erklären. Die für jeden Arbeiter und Angestellten pflichtmäßige "NS-Arbeitsfront" duldet keine "Doppelmitgliedschaft", lauteten die Verfügungen." (Seite 50)

Jugend- und Jungmännerverein: "Im Jahre 1937 ereilte auch diesen Verein das Schicksal aller damaligen Vereine: Auflösung sowie Beschlagnahme der Kasse (jedoch nur einige Pfennige!) und aller Akten. Auch das Christusbanner wurde der Jugend genommen. Noch kurz vor dem Zusammenbruch soll man es verbrannt haben. Schon vorher war Stück um Stück die Vereinsbetätigung eingeschränkt worden. Alles nicht rein Religiöse war schon längst verboten. Nur in kircheneigenen Räumen durfte man sich treffen. Die einzige öffentlich anerkannte und geduldete Jugendorganisation war die Staatsjugend. In dieser Zeit entstanden die Gruppen der Katholischen Aktion, kurz KA genannt. In den KA-Gruppen der Männer, der Jungfrauen und der Jungmänner bemühte man sich um eine vertiefte Schau des Glaubens. Für die jüngere Jugend fanden Glaubensstunden statt. Exerzitien, und als auch die verboten wurden, religiöse Vorträge bereiteten die Jugend auf den "Reichsarbeitsdienst" und das wieder eingeführte "Soldatenleben" vor."

(Seite 51)



»Aber eines können Sie mir glauben:
 Meine Mutter konnte damals unbehelligt durch die Anlagen unserer Stadt gehen - sogar nachts.«



»Könnten Sie sich das unter Hitler vorstellen?«

Aus: Chronik der Gemeinde Georgsmarienhütte
 bearbeitet im Auftrage der Gemeinde vom
 Verschönerungsverein 1870 Heimatverein
 Georgsmarienhütte
 Herausgegeben von der Gemeinde Georgsmarienhütte, 1969

"Im Jahre 1933 wurde das Ehrenmal zur Erinnerung an die im ersten Weltkrieg Gefallenen eingeweiht"

(Seite 35)

"Am 1.4.1938 wurden die ev. und kath. Volksschulen durch ein Gesetz aufgelöst und zu einer 10-klassigen Gemeinschaftsschule vereinigt. Zum 1.11.1946 wurde jedoch diese nationalsozialistische Gemeinschaftsschule wieder aufgehoben."

(Seite 49)

"Die wirtschaftlichen Schwierigkeiten der dreißiger Jahre und des 2. Weltkrieges hat das Werk Georgsmarienhütte rasch überwunden."

(Seite 57)

ZdJ abonnieren !!

Leider haben wir bislang erst sehr wenige Abonnenten für die ZdJ gefunden.

Deshalb unsere erneute Bitte: wer diese Zeitung für sinnvoll hält, möge uns durch ein Abo unterstützen! Wir brauchen die Abos für ein langfristiges Erscheinen, da nur so die Finanzierung zu sichern ist!

Hiermit abonniere ich die 6x im Jahr (plus 1 Sondernummer) erscheinende ZdJ für DM im Jahr, ab Nr. **16**

N a m e:

Strasse:

Ort:

Datum/Unterschrift:

*) Mindestbetrag pro Jahr DM 5,-!

Ein senden an: **Reinhold Thiede, Am Sundern 7,**

Aus: Pfarrer Hermann Otten, Kloster Oesede in Georgsmarienhütte
 seine Heilsgeschichte
 seine christliche Kunst
 und Umweltgestaltung
 Georgsmarienhütte ohne Jahr (etwa 1978)

Kolpingsfamilie Kloster Oesede

"Die Gründungsurkunde der Kolpingsfamilie Kloster Oesede ist auf den 11. August 1933 ausgestellt. Eigentlich wurde zweimal angefangen. Bald nach der ersten Gründung krachte es. Im gleichen Jahre noch setzte das an die Macht gekommene Hitlersystem den ganzen politischen Apparat ein, die Grundidee Adolf Kolpings, eine ganzheitliche Förderung der Persönlichkeit und der Familie zunichte zu machen. Als der Versuch mit der totalen Katastrophe des II. Weltkrieges endete, begann die Kolpingsfamilie praktisch wieder aus dem Nichts".

(Seite 172)

Christliche Arbeiterjugend

"Aber erst der Zusammenbruch der Nazi-tyrannie gab den Weg frei und ermöglichte ab 1945 den Beginn des Aufbaus der CAJ in Deutschland".

(Seite 174)

"Der Waldfriedhof in Kloster Oesede ist noch jüngeren Datums. Die Anlage entstand im Kriegsjahr 1943. Daher sind die unter Kriegseinwirkung Getöteten direkt vor dem Friedhofskreuz und dem Bildnis des Auferstandenen beigesetzt".

(Seite 185)

Auf den Seiten 187 bis 190 befindet sich ein Verzeichnis der Gefallenen des 2. Weltkrieges.

Das sind - vollständig zitiert - die Aussagen über die Zeit des Dritten Reiches hier in GMHütte, wie wir sie in den vorliegenden Chroniken fanden. Von Juden und politisch Verfolgten, von Widerstand und Aktivitäten gegen die Nazis kein Wort.

Von der Unterdrückung durch die Nazis ist nur die Rede, wenn die Kirche oder kirchliche Gruppen davon betroffen waren.

Wir meinen, daß dies eine völlig unzureichende und im Ergebnis verschleiernde Darstellung dieser Zeit ist.

Wie sollen so die Nachkommen etwas über diese Zeit erfahren, wie etwas aus der Geschichte lernen?



»Bevor unser Richard diese Sexgeschichten verschlingt, soll er lieber ein paar anständige Bücher lesen.«

Wahlergebnisse der NSDAP im Raum GMHütte

	Dt. Reich	Ldkrs. OS	GMH.	Oesede
14.09.30	18,3%	17,3%	15,7%	11,6%
31.07.32	37,4%	22,4%		
06.11.32	33,1%	18,1%		
05.03.33	43,9%	29,8%	33,0%	15,4%
12.11.33	92,1%	90,1%	89,5%	83,1%
			Kl.Oe.: 87,4%	

(Quellen: Statistik des Deutschen Reiches, Bde. 434, 449 u. 531)

Aus der Tabelle ist deutlich zu erkennen, daß im heutigen Bereich von GMHütte von den Wahlergebnissen bzw. Wahlerfolgen der NSDAP abgewichen wurde: in GMHütte weniger, in Oesede mehr.

Nach den Stimmerngebnissen der NSDAP zu urteilen, gab es in Gesamt-GMHütte weniger Nazi-Sympathisanten als im Reichsdurchschnitt.

Andererseits zeigen diese Zahlen aber auch - und das ist unsere Absicht -, daß die Nazis hier eben auch ihre Anhänger hatten.

Dieser Sachverhalt scheint uns für die Diskussion um den Gedenkstein von Bedeutung zu sein.

Schweigen

36 Jahre nach Ende des Hitlerfaschismus ist es sehr schwer, Überlebende Opfer oder Angehörige von Opfern dieses Terrorregimes ausfindig zu machen. Zudem werden Nachforschungen in dieser Hinsicht von Jahr zu Jahr schwerer.

Von einem Mitglied der SPD-Fraktion im Stadtrat erhielten wir eine Liste von Personen, die selbst oder deren Angehörige unter der Nazidiktatur Verfolgungen ausgesetzt waren.

Dieselbe Liste war auch der Stadtverwaltung zugegangen - mit der Bitte, nähere Einzelheiten über das jeweilige Schicksal der Opfer in Erfahrung zu bringen. Die Stadtverwaltung reagierte langsam bzw. gar nicht.

Mit Hilfe des Adressbuches versuchten wir Jusos von den Angehörigen eventueller Opfer nähere Einzelheiten heraus zu finden.

Um niemanden zu verängstigen, schrieben wir die betroffenen Personen persönlich an und kündigten einen Besuch oder ein Telefongespräch an. Der Text des Briefes war:

Sehr geehrter Herr/Sehr geehrte Frau
Wie Sie eventuell schon aus der Tagespresse entnommen haben, setzen wir, die Jusos von GMHütte, uns für die Errichtung eines Gedenksteins für die Opfer des Nationalsozialismus ein. Dabei sind wir auf den Namen Ihres ... gestoßen. Wir hätten nun gern nähere Informationen über sein Schicksal. Da die Stadtverwaltung auf eine entsprechende Anfrage durch einen Ratsherrn nicht reagiert hat, wenden wir uns nun direkt an Sie. Ihre Anschrift haben wir aus dem Adreßbuch von GMHütte entnommen. In den nächsten Tagen werden wir uns telefonisch erkundigen, ob Sie bereit sind, uns Auskunft zu geben.

Mit freundlichem Gruß

Die Resonanz auf diesen Brief war gering und enttäuschend:

Fall 1: H.N. Information: Sei im KZ umgekommen.

Die Ehefrau rief uns an und erklärte, ihr Mann habe keinen aktiven Widerstand geleistet und sei in den fünfziger Jahren durch einen Verkehrsunfall ums Leben gekommen.

Fall 2: J.J. Information: Sei im KZ umgebracht worden.

Mit der Ehefrau konnten wir nicht sprechen, da ein älterer Mann die Tür öffnete und sagte, daß sie ihre Interessen schon selbst vertreten würden.

Fall 3: ? S. Information: Schicksal ungeklärt.

Auf telefonisches Befragen erklärte die Ehefrau des Sohnes, das müsse ein Irrtum sein; ihr Schwiegervater sei nie von den Nazis verfolgt worden. Obgleich die Frau ängstlich und ab-

weisend wirkte, wagten wir trotzdem einen Besuch bei dem Sohn. Dieser wirkte zunächst mißtrauisch und zurückhaltend, wurde aber während des Gespräches offener - obwohl sein Frau das Gespräch zu beenden versuchte.

Es stellte sich heraus, daß sein Vater ein überzeugter Nazi gewesen war, der dennoch in seinem Bekanntenkreis versuchte, Bürger vor Naziwillkür zu schützen. Der Vater fiel im 2. Weltkrieg.

Bei diesem Gespräch wurden wir auf Fall 1 hingewiesen: dort könnten wir mehr erfahren.

Fall 4: H.K. Information: Er sei von den Nazis aus einem fahrenden Zug gestoßen worden.

Bei der telefonischen Anfrage sagte eine Frau, daß sie über diese Sache nicht sprechen wolle.

Fall 5: H.S. Information: Politisch verfolgt, mußte elendig zugrunde gehen.

Bei unserem Besuch trafen wir die Tochter der angeschriebenen Ehefrau an. Diese sagte, sie wüßte von nichts. Uns schien diese Auskunft wie abgesprochen.

Unsere Darstellung zeigt, daß wir trotz einiger Anstrengungen (und konkreter Hinweise!) nichts über Opfer des Naziregimes aus dem Gebiet von GMHütte herausgefunden haben.

Einerseits ist dies ein enttäuschendes Ergebnis. Andererseits sind die bei den Nachforschungen gemachten Erfahrungen für uns ein weiterer Beleg für die Notwendigkeit der Befassung mit der Zeit des 3. Reiches.

Warum werden die Befragten bei diesem Thema so wortkarg?

Warum wissen Sie nichts mehr?

Warum finden wir niemanden, der stolz darauf ist, einen Nazigegner unter seinen Anverwandten gehabt zu haben?

Warum teilt man uns die Erfahrungen von Betroffenen nicht mit?

Wie können wir Jüngeren aus der Geschichte lernen, wenn diese Geschichte mit ihren konkreten Alltagserscheinungen tabuisiert bleibt.

Dies sind Fragen, die sich die Augenzeugen und Beteiligten von damals stellen sollten; dies sind Fragen, die heute besprochen werden müssen.

Eine wichtige Bemerkung zum Schluß:

Wir Jusos beschäftigen uns nicht mit der Zeit des Nationalsozialismus, um irgendjemanden anzuklagen oder um Vorwürfe auszusprechen. Im Nachhinein moralische Urteile abzugeben, ohne zu wissen, wie wir uns selbst verhalten hätten, ist pharisäerhaft und heuchlerisch.

Was aber nicht akzeptiert werden kann, ist der Mantel des Schweigens, der über diese Zeit gelegt wird.

Warum?

Verdrängung -

Vergangenheitsbewältigung in der baden-württembergischen Provinz

Keine Gedenktafel für Nazi-Opfer

Hier existierte ein Lager, von wo aus Frauen oft die Fahrt in den Tod angetreten haben. Hilfsbereite Rudersberger konnten die Fahrt in den Tod leider nicht verhindern.“ So ein Textvorschlag der Stuttgarterin Gertrud Müller, die mit Glück das nationalsozialistische Morden überlebte, für eine Gedenktafel für jene Opfer, die von 1942 bis 1945 in dem Frauenarbeits-erziehungslager Rudersberg, einem Außenlager des KZ Welzheim, leiden mußten. Viele der eingesperrten deutschen, französischen, polnischen und russischen Frauen, darunter auch Jüdinnen, traten von Rudersberg aus ihre letzte Fahrt an – in die Vernichtungslager von Auschwitz und Ravensbrück.

Eine Gedenktafel sollte an die Opfer nationalsozialistischer Gewaltherrschaft erinnern. So forderte es ein Antrag des Rudersberger Ortsvereinsvorsitzenden der SPD, Hermann

Hellenschmidt, den dieser zusammen mit dem SPD-Bundestagsabgeordneten Hermann Scheer den Ratsherren dieser im Wieslautal bei Stuttgart angesiedelten Gemeinde im September 1979 vorlegte. Geschichtliche Tatsachen dürften nicht verschwiegen und vor den sich verstärkenden neonazistischen Umtrieben müsse gewarnt werden – so die Begründung.

Endlich soll ein Schlußstrich unter die Vergangenheit gezogen werden, forderte dagegen der Fraktionsvorsitzende der Freien Wählervereinigung (FWV), Willy Thumm. „Mit dem Arbeitslager, diesem Schandfleck, wollen wir nichts mehr zu tun haben“, empörten sich die Bürger der Gemeinde. Auf einer Bürgerversammlung ging es hoch her. Da gab es auch Bürger, die das „Frauenarbeits-erziehungslager“ gar nicht so schlimm fanden und

meinten, die eingelieferten Frauen seien „arbeits-scheu“ gewesen.

Appellierte Gertrud Müller in der entscheidenden Gemeinderatssitzung: „Die Gedenktafel soll eine Mahnung an die Lebenden und vor allem an die Jugend sein, die Lehre aus dieser schrecklichen Zeit zu ziehen.“ Umsonst. Die CDU-Räte vollführten ein peinliches Ausweichmanöver: Sie seien nicht grundsätzlich gegen eine Gedenktafel, aber die SPD müsse selbst einen geeigneten Platz für die Tafel finden und die Kosten tragen, bevor sie zustimmen könnten. Ihre absurde Begründung lautete: „Die Gemeinde Rudersberg ist nicht Rechtsnachfolge des Nazireiches.“

Vorwärts 5.3.81

Nachrichten

Gedenkgottesdienste in 250 Hamburger Kirchen

Platz gegen Senatswillen nach SS-Opfern benannt

HAMBURG (von Werner Skrentny). In den 250 Hamburger Kirchen haben am Samstag Gedenkgottesdienste für die Kinder vom Bullenhuser Damm stattgefunden: am 20. April 1945 waren in der Hamburger Schule im Arbeitervorort Rothenburgsort 20 jüdische Kinder, zwei französische Ärzte, zwei holländische Pfleger und 4 sowjetische Kriegsgefangene von der SS ermordet worden. Für heute hat die Vereinigung Kinder vom Bullenhuser Damm e.V. zur Gedenkfeier aufgerufen: „Bringt den Kindern Blumen mit!“

Während der evangelische Landesbischof Olber die Mordaktion als „Hamburger Holocaust“ bezeichnete und 500 Geistliche der Hansestadt bat, des Schicksals der Nazi-Opfer zu gedenken, protestierte die Vereinigung neuerlich gegen die Haltung von Justiz und SPD-Senat, was Strafverfolgung und Erinnerung der Ereignisse vom 0. April 1945 angeht.

So ist einer der Mörder der Kinder, der SS-Obersturmführer Arnold Strippel, (69), inhaft in Frankfurt-Kalbach, noch immer nicht angeklagt worden. Die Hamburger Staatsanwaltschaft ermittelt schon über zwei Jahre gegen den SS-Mann, der in

Buchenwald, Majdanek und andernorts „eine Blutspur durch Europa“ (Stern) hinterließ.

Unzufrieden ist man auch mit dem Text einer neuen Gedenktafel, die der Senat nun endlich in der Schule Bullenhuser Damm (jetzt Janusz-Korczak-Schule) anbringen läßt, nachdem die alte Tafel den Mord an den 24 sowjetischen Gefangenen und die Tatsache, daß die ermordeten Kinder Juden waren, verschwiegen hat. Allerdings: auf der neuen Tafel werden nicht die Mörder, die SS-Leute genannt, sondern wird in nebulöser Formulierung von „Handlangern nationalsozialistischer Gewaltherrschaft“ berichtet.

Anläßlich der heutigen Gedenkfeier für die SS-Opfer um 17 Uhr an der Janusz-Korczak-Schule (die 1980 Ziel eines Bombenschlags von Neonazis war) am Bullenhuser Damm werden Hamburger Schüler aus dem Antifaschistischen Arbeitskreis den Platz vor der Schule „Platz der Kinder vom Bullenhuser Damm“ benennen – eine Aktion, die dem Willen des SPD-Senats widerspricht, der die Benennung ablehnte: der Name sei Anwohnern nicht zumutbar, da „postalisch“ zu lang. Allerdings, der Platz hat gar keine Anwohner!

Die Neue 22.4.81

Dritter Gedenkstein amtlich

MÜNCHEN, 25. August (AP). Mit Gedenksteinen für die Opfer des Oktoberfestattentats hat München seine Probleme. Die Stadtverwaltung teilte mit, daß einen Tag vor Beginn des Oktoberfestes, am 18. September, ein offizieller Gedenkstein am Haupteingang der „Wiesn“ von Oberbürgermeister Erich Kiesl enthüllt wird. Dieser Gedenkstein werde die Aufschrift tragen: „Zum Gedenken an die Opfer des Bombenanschlags vom 26. September 1980.“ Am Wochenende wurde ein nicht bestellter Gedenkstein von der Polizei entfernt. Der etwa acht Tonnen schwere Stein trug die Aufschrift: „Dem Naziterror Einhalt gebieten. Wir gedenken der Toten von München.“ Den Stein hatte der „Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD“ aufgestellt.

Frankfurter
Rundschau
26.8.81

Ein nationales Phänomen

Breite Proteste gegen die namenlose Ehrung ermordeter Stadträte Hamburgs

HAMBURG. – Ungeachtet breiter Proteste hat der Hamburger SPD-Bürgerschaftspräsident Peter Schulz anlässlich des 8. Mai, des Tags der Befreiung, „seine“ umstrittene Gedenktafel für die von den Nazis ermordeten Bürgerschaftsabgeordneten,

Von Werner Skrentny

mehrheitlich KPD-Mitglieder, in einer Feierstunde eingeweiht. Die Gegner der anonymen Tafel, die Ermordete wie Mörder verschweigt, kündigten gleichzeitig an, sie würden solange weiterarbeiten, bis endlich auch die Namen der 20 Nazi-Opfer im Rathaus genannt werden.

Um einen größeren Eklat zu vermeiden, hatte der von Klose abgelöste glücklose Ex-Bürgermeister Schulz Freitagvormittag sogar eine größere DKP-Delegation, der erst Polizei den Weg verstellen wollte (aufgeregt rückten immer mehr Polizisten an) und vor der man das Haupttor verschlossen hatte, ins Rathaus eingelassen. Schulz gab sich jovial als „souveräner Hausherr“, verbot aber eine Niederlegung der 20 Kränze für die Nazi-Opfer im Rath-

stein, trotz anderslautenden Votums des Landesvorstandes (8:5). Dem Vernehmen nach will die FDP die Forderung nach einer Gedenktafel mit Namen 1982 in mögliche Koalitionsgespräche mit der SPD einbringen.

Käthe Jacob, Witwe des ermordeten KPD-Widerstandskämpfers, von Schulz dreisterweise eingeladen, sagte ebenso wie Hanna Bästlein (ihr Mann, das KPD-Mitglied Bernhard Bästlein wurde 1944 hingerichtet) ab und schrieb: „Ich empfinde es als Verhöhnung und Taktlosigkeit, mir zuzumuten, durch meine Teilnahme die anonyme Gedenktafel und damit das Verschweigen der Namen der Ermordeten und Mörder gutzuheißen.“

SPD-Mann Schulz verteidigte in der Feierstunde, an der zur allgemeinen Überraschung auch Bürgermeister Klose teilnahm, seine Entscheidung für den Tafeltext, der lautet: „Zum ehrenden Gedenken an die Mitglieder der Bürgerschaft, die nach 1933 Opfer totalitärer Verfolgung wurden.“ – Womit er 21 Nazi-Opfer und 5 KPD-Mitglieder meint, die im UdSSR-Exil ums Leben gekommen sind

gend, bezeichnete Schulz als „zutiefst unredlich“, er wolle keine Namen nennen, um „die Kommunisten nicht bis aufs Blut zu reizen“.

In einer Zwischenkundgebung des Friedensmarsches von Jusos und Landesjugendring am Untersuchungsgefängnis, wo 1936 der KPD-Abgeordnete Edgar André hingerichtet wurde, gedachten die 2500 Teil-

Diese 20 ermordeten Bürgerschaftsabgeordneten verschweigt die Schulz'sche Gedenktafel:

Kurt Adams, SPD, 1944 im KZ Buchenwald umgekommen;

Edgar André, KPD, 1936 in Hamburg hingerichtet;

Bernhard Bästlein, KPD, 1944 in Brandenburg hingerichtet;

Adolf Biedermann, SPD, 1933 in Recklinghausen ermordet aufgefunden;

Gustav Brandt, KPD, 1945 von der SS erschossen;

Valentin Ernst Burchard, Deutsche Staatspartei, 1941 nach Minsk deportiert, verschollen;

Max Eichholz, DStP, 1943 im KZ Auschwitz umgekommen;

Willy Eichhoff, KPD, 1944 im Sonder-

Dokumentationszentrum für die Emsland-Lager

Schweigen im Moor

Sechsdreißig Jahre nach Kriegsende und Befreiung gibt es allerorten im Bundesgebiet Initiativen, dem Totschweigen und Vergessen der Nazi-Vergangenheit und -Verbrechen ein Ende zu machen. In Ulm sind junge Leute dabei, im ehemaligen KZ Oberer Kuhberg (wo auch Kurt Schumacher gefangen war) eine Gedenkstätte einzurichten. In Neuengamme nahe Hamburg hat der SPD-Senat fast drei Millionen Mark für eine ständige Ausstellung zum dortigen KZ bereitgestellt. Und auch im Emsland, einem Stück Nordwestdeutschland an der Grenze zu Holland, zwischen Papenburg und Lingen, soll die Geschichte der dortigen KZ künftig gegenwärtig sein – gegen den Widerstand der niedersächsischen CDU.

Die Emsland-Lager, das waren KZ in Börgermoor (wo das weithin bekannte „Lied der Moorsoldaten“ entstand), Esterwegen, Aschendorf, Brual-Rhede und anderen Orten. „Hölle im Moor“ haben die Häftlinge das genannt. 181 000 waren es insgesamt, darunter Carl von Ossietzky, der Friedensnobelpreisträger, Friedrich Ebert, Sohn des Reichspräsidenten, die Kommunisten Neubauer und Thesen, die Sozialdemokraten Heilmann und Leber; Altonas Polizeipräsident Eggerstedt und Bergarbeiterführer Husemann gehörten zu den 8910, die in den Emsland-KZ umkamen, ermordet wurden; zugrunde gingen an der brutalen Ausbeutung ihrer Arbeitskraft zum Zwecke der Moorkultivie-

kumentations- und Informationszentrums, kurz DIZ genannt, auf dem Lagerfriedhof. Eine ständige Ausstellung soll nach Meinung der Initiativen Bestandteil des DIZ sein, auch eine Bibliothek; Sonderausstellungen, zum Beispiel „Kinder in Theresienstadt“, und eine Tonbildschau zur Geschichte der Emsland-KZ sind vorgesehen und vor allem Begleitpersonen, die insbesondere jüngere Besucher (etwa Schulklassen) informieren. Die Initiatoren: „Das von uns konzipierte DIZ soll den Besuchern nicht nur ein Gedenkstättenerelebnis, sondern die Einleitung sinnvoller Lernprozesse ermöglichen.“

Dafür aber war die CDU dann plötzlich nicht mehr zu haben. Minister Möcklinghoff: „Sie gehen mit ihren Vorstellungen weit über das hinaus, worüber wir gesprochen haben.“ Und sein Abgesandter, CDU-MdL Walter Remmers, meinte, das Interesse an der Lagergeschichte würde ohnehin bald wieder abflauen und überhaupt: Niedersachsen habe ja schon eine KZ-Gedenkstätte, in Bergen-Belsen. Remmers: „Hier planen sie in die Irre.“

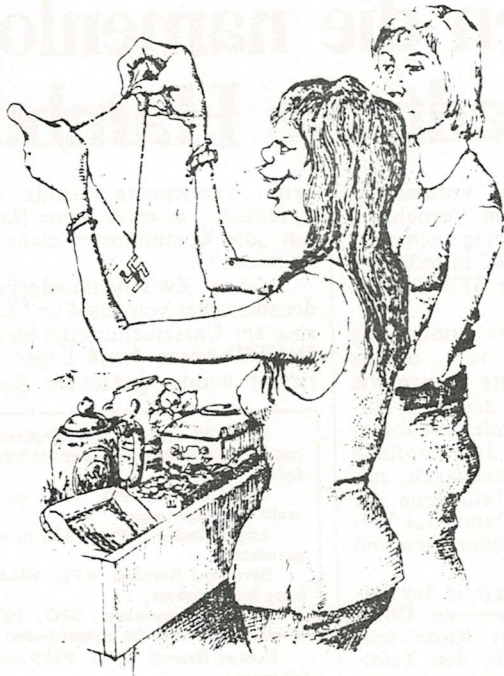
Alternative von Remmers: ein kleiner Pavillion auf dem Friedhof mit drei stummen Gedenksteinen (Lager gab es allerdings mehr als drei!). Die DIZ-Initiatoren: „Was der sich vorstellt, gleicht einem Männerpissoir.“

Nichts gibt Auskunft über die Toten

Die Neue
14.5.81

Vorwärts
30.4.81

Ist ein Gedenkstein



»Ach wie süß!«



»Mach Du nur Deinen Wehrdienst, wo man diesen ganzen schwulen Haschbrüdern jetzt eins auf die Schnauze gibt, wird aus dem Bundesheer endlich eine Elitetruppe.«



»Also wie du das Horst-Wessel-Lied gesungen hast – ich wußte gar nicht, daß Du den Text noch kennst!«



»... Sie müssen Respekt üben vor Ihren Eltern, Ihren Professoren, den Universitäten. Wer keinen Respekt hat, kann nichts erreichen!«

heute noch sinnvoll?

Dieses Flugblatt wurde im Wahlkampf vor der Kommunalwahl 1981 in Oesede verteilt. Der Bewerber bekam über 200 Stimmen!

Bürger von Oesede!

Wurfsendung

Am 27. September 1981 sind Kommunalwahlen.

Die Rathausparteien CDU und SPD wetteifern auf teurem Papier, wer die Wiese grüner oder den Himmel blauer machen kann. Sie ziehen sich hoch am Thema "Teckelhagen".

Da es in der Stadt Georgsmarienhütte vieles zu bemängeln gibt, hat es die "Unabhängige Wählergemeinschaft Georgsmarienhütte" leicht, die Fehlentwicklungen in der Verkehrs- und Bebauungspolitik, Jugend Soziales, usw., aufzuzeigen.

Aber alle Parteien und Gruppierungen drücken sich vor dem Thema das uns allen auf den Nägeln brennt :

Ausländerstopp

Sie meinen, das sei bei uns noch nicht so akut? Hier einige Beispiele:

1. Oesede hat jetzt schon einen Ausländeranteil von 6,5 %
2. In der Stahlbrinksiedlung, also Breslauer-Weg, Stettiner-Weg, Königsberger-Weg, wohnen 48 % Ausländer
3. Die Geburtenrate in den Kliniken hat einen Ausländeranteil von 20 %
4. Die Rathausparteien CDU und SPD treten offen für eine Integration sowie Wahlrecht für Ausländer ein.

Wenn Sie aber auch, wie ich, der Meinung sind, daß unsere Stadt deutsch bleiben soll, dann unterstützen Sie meinen einsamen Kampf:

" EINER gegen ALLE "

Franz-Josef Möllenkamp (Einzelbewerber für den Stadtrat)

DEUTSCHLAND den DEUTSCHEN!

DOKUMENTATION

Auf den folgenden Seiten dokumentieren wir Presseartikel, in denen über die Diskussion um den Naziopfer-Gedenkstein berichtet wird. Wir haben uns bemüht, die veröffentlichten Artikel möglichst vollständig wiederzugeben, damit sich jeder selbst ein Bild vom Verlauf der Diskussion machen kann.

Hinzuzufügen bleibt noch, daß auch der NDR über die Forderung nach einem Gedenkstein berichtet hat, sogar in einem längeren Bericht und recht positiv...

Gedenkstein des Anstoßes

Mahnmal für Nazi-Opfer?

Podiumsdiskussion der Jusos in Georgsmarienhütte

Georgsmarienhütte. „Gedenkstein für Opfer des Nazi-Regimes — ja oder nein?“ Mit dieser Frage wollten sich die Georgsmarienhütter Jungsozialisten in einer Podiumsdiskussion beschäftigen. Mit großem Interesse der Bevölkerung hatte man gerechnet, aber es kam nur eine kleine Gruppe zusammen, die zudem fast ausschließlich aus Jusos bestand.

Im vergangenen Jahr hatten die Jusos im Stadtrat ange-regt, einen Gedenkstein für die Opfer des Nazi-Regimes aus Georgsmarienhütte an zentraler Stelle zu errichten. Diese Anregung wurde zunächst von allen Fraktionen zustimmend aufgenommen. Bei einer Abstimmung scheiterte dann allerdings dieser Vorschlag am Votum der CDU. Eine Anfrage der Jusos an die Verwaltung nach Namen der im Dritten Reich Verfolgten und Ermordeten zeigte bisher kein Ergebnis.

Um das Gespräch über das Mahnmal neu zu beleben, hatten die Jungsozialisten zu einer Podiumsdiskussion eingeladen. CDU-Ratsherr Dr. Köhnke, SPD-Ratsherr Manfred Bolte, der Vorsitzende der Jungen Union Georgsmarienhütte, Michael Vogt, Ju-so-Ortsvorsitzender Rainer Korte und Peter Heuer vom Antifaschistischen Arbeitskreis Osnabrück diskutierten mit den Gästen über Möglichkeiten der Vergangenheitsbewältigung.

Die zentrale Frage stellte Diskussionsleiter Reinhold Thiede gleich zu Beginn: „Ist ein solcher Gedenkstein sinnvoll oder nicht?“ Rainer Korte und Peter Heuer begründeten ihr Ja zum Mahnmal damit, daß dieses unrühmliche Stück deutscher Geschichte — auch in Georgsmarienhütte — nicht verdrängt werden dürfe. Peter Heuer erinnerte an die Bombenanschläge von Rechts-extremisten in München, Paris und Bologna.

Die Vertreter der „Gegen-seite“ bezweifelten, ob ein Gedenkstein etwas nutzen würde. „Es ist einiges aufzu-arbeiten“, meinte Michael Vogt und vermutete, ein Gedenkstein sei „der zweite Schritt vor dem ersten“.

Nachdem die Fernsehserie „Holocaust“ bundesweit das Bewußtsein für diese Zeit wieder geweckt habe, müsse nun die lokale Auseinandersetzung folgen. Dr. Köhnke ergänzte, es sei sinnvoller, zunächst Fakten zu sammeln und „den persönlichen Frei-raum zu schaffen, den es damals nicht gab“.

SPD-Ratsherr Bolte sah das anders. Für ihn stellte sich eher die Frage, ob ein Gedenkstein noch sinnvoll sei. „Dieses Problem, an Opfer zu denken, hätte uns eher einfallen müssen“, meinte er. Er sei nach wie vor für einen Gedenkstein, um die Jugend darauf hinzuweisen, daß „Un-rechtes in deutschen Namen begangen worden ist“.

„Ändere“ Möglichkeiten zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit schlug Michael Vogt vor: Man könne zum Beispiel die Straßennamen im sogenannten „Widerstandsviertel“ mit Tafeln erläutern. Er vertrat, wie Dr. Köhnke, die Ansicht, geistige Auseinandersetzung sei wichtiger als ein Gedenkstein. Zudem gebe es mit der Krypta der Heilig-Geist-Kirche bereits ein Mahnmal, das an vier von den

Ebenso dürftig wie der Besuch war das Ergebnis der mehrstündigen Diskussion. Sie verlief zwar sachlich und fair, führte aber nicht zu der erhofften Annäherung der Standpunkte, wenn man sich auch über die Notwendigkeit der Aufarbeitung dieses unrühmlichen Stücks deutscher Geschichte einig war.

Nazis verfolgte Lübecker Kaplane erinnert.

Manfred Bolte hielt dagegen, die Krypta sei zwar ein guter Beitrag, es fehle jedoch der Anteil der politischen Gemeinde. Einig waren sich alle Gedenksteinbefürworter, daß geistige Auseinandersetzung besser sei als ein Monument.

Sie vermochten aber darin kein Argument gegen ein Mahnmal zu sehen, das diese Auseinandersetzung eher beschleunigen könne. Nachteile, so Bolte, gebe es nicht, denn „daß sich jemand daran stört, wollen wir ja“.

der kommentar

Widersprüche

Heiner Beinke

Der Widerstand der Georgsmarienhütter CDU gegen einen Gedenkstein für Opfer des Nazi-Regimes ist unverständlich. Auch nach der mehrstündigen Diskussion leuchteten die Argumente nicht ein. Abgesehen davon, daß man sich fragen kann, was Mahnmale allgemein bewirken können — ein solcher Stein, wie ihn die Jusos wünschen, kann dem betonten Wunsch der CDU nach geistiger Auseinandersetzung mit dem Faschismus nicht im Wege stehen.

Er wäre ein klares Bekenntnis der verantwortlichen Politiker zu diesem Stück deutscher Geschichte und gleichzeitig zur Verantwortung, dafür zu sorgen, daß sich eine solche Schreckensherrschaft nicht wiederholen kann. Zu früh für ein derartiges Symbol kann es nicht sein. Und „Nestbeschmutzung“ ist es schon gar nicht.

Die Argumentation der CDU ist außerdem widersprüchlich. Auf der einen Seite wehrt man sich gegen einen Stein, der an die Opfer der nationalsozialistischen Herrschaft erinnert; ein Stein, der gegen totalitäre Regime allgemein gerichtet wäre, fände jedoch die Billigung der Unionspolitiker. Ein solches Abgleiten ins Unverbindliche wurde wohl noch weniger die geistige Auseinandersetzung fordern.

NOZ
30.3.81

Siepelmeier: Ein Mahnmal gegen Gewalt in der Welt

Georgsmarienhüttes Bürgermeister zu Naziopfer-Gedenkstein

Georgsmarienhütte. In der seit geraumer Zeit geführten Diskussion um einen Gedenkstein für die Opfer des Nationalsozialistischen Gewaltsystems hat Bürgermeister Ludwig Siepelmeier jetzt angeregt, wenn man überhaupt ein Mahnmal bauen wolle, eine Gedenkstätte gegen Gewalt auf der Welt allgemein zu errichten. In einem Gespräch mit unserer Zeitung erinnerte Siepelmeier auch daran, daß es in der Stadt bereits ein ganzes Siedlungsgebiet gebe, daß die Namen von Widerstandskämpfern im Dritten Reich trage.

Persönlich, so der Georgsmarienhütter Bürgermeister in dem Gespräch weiter, sehe er in der im wesentlichen von den Jungsozialisten getragenen Kampagne eine Propagandaaktion. Wenn über ein solches Mahnmal in der Stadt ein Parteienstreit entstehe, könne das Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes zerrieben werden. „Das würde mehr Schaden anrichten, als wir der Sache mit einem Gedenkstein nutzen könnten“, meint Ludwig Siepelmeier.

Außerdem erinnerte der Bürgermeister daran, daß die Stadt Georgsmarienhütte bereits vor 20 Jahren ein ganzes Siedlungsgebiet nach Widerstandskämpfern benannt hat.

Die Jusos, so meint der Rechtsanwalt, täten besser daran, die jetzt großgewordene Generation darüber aufzuklären, wer diese Männer waren. „Für meine Generation sind sie noch sehr lebendig“, so Siepelmeier. Wenn die Jusos forderten, unter die Namensschilder an den Straßen erklärende Tafeln zu hängen, seien sie sicher im Recht.

Für die Anbringung solcher Tafeln will sich der Bürgermeister nun persönlich einsetzen. (Eine Anregung, die die Junge Union bereits während der Podiumsdiskussion am 27. März aufgebracht hatte.)

Die zweite Gedenkstätte, an die Ludwig Siepelmeier in

diesem Zusammenhang erinnert, ist die Krypta in der Heilig-Geist-Kirche im Stadtteil Oesede. Dieser sehenswerte Kreuzweg — eine Erinnerung an die vier durch die Nazis ermordeten Lübecker Kapläne — zeigt die Leiden Christi als Greuelthaten in der NS-Zeit. Aus den römischen Legionären werden dort zum Beispiel Aufseher in Konzentrationslagern.

„Es war damals sehr mutig, diesen Kreuzweg mit Nazi-Symbolen in einer deutschen Kirche zu errichten“, erklärt Siepelmeier. Auch die Besucher aus der israelischen Partner-Gemeinde zeigten sich immer wieder tief beeindruckt von der Gedenk-Krypta. „Was sollen wir darüber hinaus noch mit einem leblosen Stein zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes?“ fragt sich der CDU-Politiker. Für die Jusos ist dieses Mahnmal allerdings ein Zeichen der Kirche. Was in Georgsmarienhütte fehlt, so argumentieren sie, sei ein Zeichen der politischen Gemeinde.

Ludwig Siepelmeier mutmaßt allerdings, daß sich die Nachwuchsorganisation der SPD bei der Diskussion um ein Naziopfer-Mahnmal vor den Karren der Antifaschisten spannen läßt. „Und das sind in meinen Augen schon Kommunisten“, sagte der Bürgermeister. Wenn man ein Mahnmal bauen wolle, dann sollte dieses sich gegen alle Gewalt in der Welt richten.

Jusos sind ermutigt

Ermutigt durch die Reaktionen auf ihre Bemühungen um einen Gedenkstein für die Opfer der Nazi-Herrschaft zeigen sich unterdessen die Jusos der Stadt Georgsmarienhütte. In einer Presseerklärung weisen sie darauf hin, daß man 900 Mark für einen solchen Stein bereits gesammelt habe. Wenn die CDU-Ratsmehrheit weiterhin ein solches Mahnmal verhindere, so heißt es weiter, bleibe der SPD-Nachwuchsorganisation nichts weiter, als selbst ein derartiges Denkmal zu finanzieren. Einig seien sich die Jusos allerdings, daß es für das Ansehen der Stadt besser wäre, wenn ein Naziopfer-Gedenkstein vom gesamten Stadtrat getragen würde. Die Jusos appellieren in dem Schreiben an die CDU-Ratsfraktion, ihre Position zu überdenken.

NOZ 9.4.81

Rechtsanwalt Siepelmeier erinnert dabei daran, daß auch in kommunistischen und sogenannten sozialistischen Staaten Gewalt gegen Menschen ausgeübt worden ist und wird. Die zahlreichen deutschen Offiziere, die in russischer Kriegsgefangenschaft umgekommen oder schwer krank heimgekommen sind, seien ein Beweis dafür.

Ludwig Siepelmeier: „Alles nichts gegen ein Mahnmal gegen Gewalt allgemein. Für das Gedenken an die Nazi-Opfer haben wir schon zwei Sachen.“ -rok-

NOZ 9.4.81

„Bürgermeister hat Atmosphäre vergiftet“

Offener Brief der Jusos an Siepelmeier

Georgsmarienhütte. Mit seinen Äußerungen in der Diskussion um einen Gedenkstein für Nazi-Opfer (wir berichteten am 9. April) hat Bürgermeister Ludwig Siepelmeier nach Meinung der Jungsozialisten von Georgsmarienhütte die „Atmosphäre vergiftet“. Bislang, so stellt die SPD-Nachwuchsorganisation in einem offenen Brief an den Bürgermeister fest, sei die Diskussion auch mit Vertretern der CDU „fair und von gegenseitigem Respekt bestimmt“ gewesen. Siepelmeier hatte in dem Interview ein Mahnmal gegen Gewalt in der Welt gefordert und darauf hingewiesen, daß die Stadt Georgsmarienhütte bereits einen ganzen Stadtteil nach Widerstandskämpfern der Nazi-Zeit benannt habe.

Den Vorwurf von Siepelmeier, es handele sich bei der im wesentlichen von den Jusos getragenen Diskussion für einen Gedenkstein um eine Propagandaaktion, weisen die Mitglieder der Nachwuchsorganisation in dem Brief zurück. Der Vorsitzende der Parteiorganisation und Ratsmitglied Rainer Korte, so die Jusos, habe zweimal im Kulturausschuß einer Vertagung der Entscheidung zum Nazi-Opfer-Gedenkstein zugestimmt. Dies sei also praktisch außerhalb der Öffentlichkeit geschehen. „War das nicht der Versuch, eine sachgerechte Entscheidung — über Parteigrenzen hinweg — in dieser Angelegenheit zu fällen?“ fragen die Jusos.

Darüber hinaus fragen die Jungsozialisten, was Siepelmeier mit der Äußerung, die Jusos ließen sich vor den Karren der Antifaschisten spannen, gemeint habe. Wörtlich heißt es: „Darf man nicht Antifaschist sein, weil man in Ihren Augen schon Kommunist ist?“ SPD und Jusos seien und waren „in der Tat Antifaschisten“.

Einen Widerspruch in den Äußerungen des Bürgermeisters sehen die Jusos darin, daß Siepelmeier sich zwar für ein Mahnmal gegen die Gewalt allgemein ausspreche, einen „leblosen Stein zum Gedenken an die Opfer des Nazi-Regimes“ ablehne. Ist ein solches Mahnmal, so fragen die Jusos den Bürgermeister,

dann kein lebloser Stein mehr? Außerdem sei es kaum mutig, sich gegen Gewalt in der Welt allgemein auszusprechen und damit von den Greuelthaten deutscher Faschisten durch Verweis auf Verbrechen anderer Nationen abzulenken.

NOZ 15.4.81

5.5.81

„Forderung nach Gedenkstein ist keine Propagandaaktion“

SPD Georgsmarienhütte unterstützt ihre Jusos

Georgsmarienhütte. „Als völlig aus der Luft gegriffen und haltlos“ hat die SPD in Georgsmarienhütte in einer Stellungnahme die Aussage von Bürgermeister Ludwig Siepelmeyer bezeichnet, die Jungsozialisten ließen sich bei der Diskussion um einen Gedenkstein für die Opfer des Naziregimes (wir berichteten) vor den Karren der Kommunisten spannen. Mit aller Entschiedenheit weist die SPD in dem Schreiben Siepelmeyers Auffassung, es handele sich bei der von den Jusos geführten Diskussion um eine „Propagandaaktion“, zurück.

Geist-Kirche, so die SPD weiter, träfen nicht den Kern der Sache. In dem Antrag der Nachwuchsorganisation auf Errichtung eines Gedenksteines werde „die politische Gemeinde aufgerufen, ein Mahnmal für alle Opfer der Gewaltherrschaft des Nationalsozialismus zu errichten“. Die Krypta in der Heilig-Geist-Kirche wurde bekanntlich zum Gedenken an die vier Lü-

becker Kapläne gebaut, die von dem Terror-Regime ermordet wurden.

Es gebe keine einleuchtende und hinreichende Begründung, so die SPD, dem Ansinnen der Jusos nicht zu entsprechen. Die Partei erinnert in diesem Zusammenhang an die „intensiven Städtefreundschaften“ mit der holländischen Stadt Schoonebeek und der israelischen Stadt Hasharon. Sie ist der Auffassung, daß die Stadt auch durch ein äußeres Zeichen in Form eines Gedenksteines bekunden sollte, daß die Opfer des Naziregimes in Georgsmarienhütte nicht vergessen seien.

NOZ
5.5.81

Der Hinweis des CDU-Bürgermeisters, in Georgsmarienhütte sei schon ein ganzes Siedlungsgebiet nach Nazi-Widerstandskämpfern benannt und die Erinnerung an die Krypta in der Heilig-

Weiter bedauert die Partei in dem Schreiben, daß die Diskussion um die Aufstellung eines solchen Gedenksteines zu einer parteipolitischen Auseinandersetzung geraten sei. Die SPD unterstütze das Anliegen der Jusos und fordere die CDU auf, ihren Standpunkt noch einmal zu überdenken.

SPD
Georgsmarienhütte
unterstützt Ihre Jusos

„Als völlig aus der Luft gegriffen und haltlos“ hat die SPD in Georgsmarienhütte in einer Stellungnahme die Aussage von CDU-Bürgermeister Ludwig Siepelmeyer bezeichnet, die Jungsozialisten ließen sich bei der Diskussion um einen Gedenkstein für die Opfer des Naziregimes vor den Karren der Kommunisten spannen. Mit aller Entschiedenheit weist die SPD in dem Schreiben Siepelmeyers Auffassung, es handele sich bei der von den Jusos geführten Diskussion um eine „Propagandaaktion“, zurück.

„Unser Weg“
Mai/81

„Stadt im Werden“
4.5.81

Gedenkstein

Man diskutiert im Augenblick in Georgsmarienhütte über die Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Naziregimes. Die Jusos haben dazu die Anregung gegeben.

Die CDU-Fraktion im Stadtrat hat sich demgegenüber für ein Mahnmal ausgesprochen, das nicht nur einen Teilaspekt des Unrechts in unserem Jahrhundert, – das Naziregime – anspricht, sondern an Willkür und Gewalt in aller Welt und in all seinen Formen erinnert. Wir haben mit den Vietnamesen Mitbürger unter uns, die noch in jüngster Zeit vor der Unterdrückung durch Kommunisten flohen. Wir hören täglich von grausamen Greuel – und Unrechtsein in Kambodscha, Mittelamerika und Afrika. Warum schweigen eigentlich die Jusos, die gegen die Amerikaner in Vietnam und gegen Pinochet in Chile lauthals und andauernd protestierten? Warum demonstriert man nicht gegen die Massaker in Kambodscha oder die Unterdrückung des afghanischen Volkes?

Nur weil hier keine Faschisten oder Imperialisten morden?

Die Bürger in unserem Raum haben schon bald nach dem Kriege dem Widerstand gegen die Nationalsozialisten Erinnerungszeichen gesetzt, die Gemeinde durch zahlreiche Straßenbenennungen, die Kirche durch den mutigen und modernen Kreuzweg in der Krypta der Heilig-Geist-Kirche. Vielleicht weiß die Jugend heute nicht mehr, wer Graf Stauffenberg, Gördeler, Leuschner, Alfred Delp oder die Geschwister Scholl waren.

Deswegen werden wir gern die Anregung aufgreifen und durch kurze Hinweise unter den Straßenschildern für Aufklärung sorgen.

Den Einwohnern unserer Stadt kann man nur empfehlen, doch vermehrt die Krypta der Heilig-Geist-Kirche aufzusuchen, in der in so eindrucksvoller Weise die Schrecken des Naziterrors festgehalten wurden, wie das ein Stein nie wird erreichen können.

Ludwig Siepelmeyer

„Wünsche sachliche Diskussion“

Georgsmarienhüttes Bürgermeister zur Diskussion um Nazi-Mahnmal

Georgsmarienhütte. Die Diskussion um ein Mahnmal für die Opfer des nationalsozialistischen Terror-Regimes scheint nun doch vollends zu einem Parteienstreit geraten zu sein. Forderten bislang nur die Jungsozialisten die Errichtung eines solchen Denkmals, hat sich jetzt auch die sozialdemokratische Mutterpartei in der Stadt hinter die Forderungen ihrer Nachwuchsorganisation gestellt. Während SPD und Jusos den Vorwurf Siepelmeyers, es handele sich bei dieser Diskussion um eine „Propagandaaktion“, entschieden zurückweisen, bleibt der Bürgermeister bei seiner Behauptung. In einem am Dienstag geführten Interview mit unserer Zeitung bekräftigte er zudem seinen Vorschlag, ein Mahnmal gegen die Gewalt in der Welt allgemein zu errichten.

Das Interview im Wortlaut:

Frage: Herr Siepelmeyer, die Jusos und nun auch die SPD der Stadt weisen Ihnen Vorwurf, es handele sich bei der Diskussion über ein Mahnmal für die Opfer des Nazi-Regimes um eine „Propagandaaktion“, entschieden zurück. Womit begründen Sie diese Behauptung?

Siepelmeyer: Ich persönlich bin nach wie vor der Meinung, daß es den Jusos nicht nur um die Sache geht. In diesem Zusammenhang muß man sich doch die Frage stellen, warum die Jungsozialisten erst jetzt, nach 35 Jahren, mit ihrem Plan kommen? Warum auch gerade in einem Jahr, in dem wir Kommunalwahlen haben? Und noch eines bestärkt mich in meinem Verdacht: Wieso verweigert der Juso-Vorsitzende auf der einen Seite seine Zustimmung zur Vertiefung der Kontakte mit unserer israelischen Partnerstadt und fordert in derselben Sitzung die Errichtung eines Mahnmals?

Frage: Herr Siepelmeyer, die Jusos haben in einem „offenen Brief“ die Frage gestellt, ob Sie Antifaschisten mit Kommunisten gleichsetzen. Wie stehen Sie zu diesem Vorwurf?

Siepelmeyer: Ich muß mich hier wirklich fragen, ob die Jungsozialisten geschichtsblind sind. Wissen Sie denn wirklich nicht, daß sich die echten Antinazis bewußt nicht Antifaschisten nennen? Ist den Jusos unbekannt, daß der Begriff von den Kommunisten okkupiert wurde, die ja steif und fest behaupten, nur sie seien Antifaschisten gewesen? Einer der bekanntesten Histo-

riker, Karl Dietrich Brader, und andere sprechen hier vom uferlos ausgeweiteten Faschismusbegriff, dessen man sich in der Bundesrepublik bedient, um die Vergangenheit zu bewältigen. Ich für meine Person weigere mich deshalb, Antifaschist genannt zu werden, obwohl ich, und die Familie, aus der ich komme, im ursprünglichen Sinne des Wortes wahrhaftig gegen die Nazis waren und auch darunter gelitten haben. (Ein Verwandter der Familie wurde als Pastor in Mecklenburg mehrmals von den Nazis verhaftet, Siepelmeyer selbst sogar zum Tode verurteilt.)

Frage: Herr Siepelmeyer, Sie haben sich für ein Mahnmal gegen Gewalt in der Welt allgemein ausgesprochen. Können Sie diesen Standpunkt noch einmal begründen?

Siepelmeyer: Ich bin für ein Mahnmal gegen jede Gewalt in der Welt, weil wir gegen die Nazigewalt in unserer Stadt bereits auf mehrfache Weise hingewiesen haben. Wenn die SPD und die Jusos jetzt behaupten, es fehle ein Zeichen der Stadt gegen dieses Terrorregime, so stimmt das doch nicht. Wir haben doch ein ganzes Wohngebiet nach Widerstandskämpfern benannt. Auf die Krypta in der Heilig-Geist-Kirche habe ich ja bereits mehrfach hingewiesen. Warum also lenken Jusos und SPD unter diesen Umständen von den Greueln zum Beispiel der Kommunisten ab? Unter diesen haben Bürger unserer Stadt früher als Kriegsgefangene gelitten, und unsere vietnamesischen Neubürger litten und leiden darunter. Meinen die Verfechter

dieses Mahnmals für Nazi-Opfer wirklich, es sei mutig, sich gegen Gewalt in der Vergangenheit auszusprechen, das aber, was im Augenblick in Kambodscha, Afghanistan, Mittel- und Lateinamerika geschieht, schlicht zu übersehen?

Frage: Herr Siepelmeyer, die Jusos haben Ihnen in dem „offenen Brief“ vorgeworfen, Sie hätten durch Ihre persönlichen Angriffe die Atmosphäre vergiftet. Wie stehen Sie dazu?

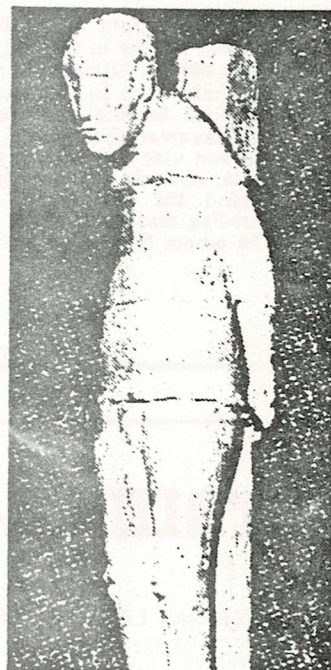
Siepelmeyer: Ich habe in meiner ersten Stellungnahme zu diesem Thema niemanden persönlich angegriffen, sondern nur versucht, Fakten darzustellen und eine Einschätzung der Sachlage gegeben. Persönliche Angriffe haben erstmals die Jusos in ihrem offenen Brief gestartet. Ich wünsche mir eine sachliche Diskussion, möchte nur nicht, daß man über Gewalt einseitig diskutiert. Daß man

nicht, weil man offensichtlich nach einer Seite Scheuklappen trägt, brutale Herrschaft von Menschen über Menschen unbeachtet läßt. Ein Mahnmal gegen jegliche Gewalt auf der Welt ist Ausdruck meines Verständnisses von Menschlichkeit und Freiheit.

Frage: Herr Siepelmeyer, es wird immer von einem „leblosen Stein“ gesprochen. Wie könnten Sie sich ein solches Denkmal vorstellen?

Siepelmeyer: Ich stelle mir etwas vor, was allein schon durch die Gestaltung etwas ausdrückt. Zum Beispiel das Mahnmal in Osnabrück neben der Dominikanerkirche wäre ein Mahnmal, wie ich es mir vorstelle. Es sagt nicht nur uns Älteren etwas, sondern spricht auch die Kinder und Jugendlichen an. Auf keinen Fall möchte ich einen Obelisken mit einer Erklärung dran-

rok



EIN Beispiel, wie sich Bürgermeister Siepelmeyer ein Mahnmal gegen Gewalt vorstellen könnte: das Denkmal an der Osnabrücker Dominikanerkirche.

Foto: Fricke

NOZ
6.5.81

der kommentar

Man kann es nur sehr bedauern, wie die Diskussion in Georgsmarienhütte um ein Mahnmal für die Opfer menschlichen Terrors langsam aber sicher zum Wahlkampfthema hochstilisiert wird. Nach 35 Jahren — und hier muß man wirklich fragen, warum dies nicht früher geschah, sondern ausgerechnet im Wahljahr '81 — fällt den Jungsozialisten dieser Stadt ein, daß man den Opfern des Nazi-Regimes doch endlich ein Denkmal setzen müsse. Im Ansatz sicher ein spätes, wenn auch lobenswertes Unterfangen, gegen das wohl niemand etwas einzuwenden gehabt hätte.

Nun aber müssen sich eben jene Jusos von dem Bürgermeister sagen lassen, daß man bereits vor über 20 Jahren seitens der Stadt ein ganzes Siedlungsgebiet nach Nazi-Widerstandskämpfern benannt hat und über eine „kirchli-

che" Gedenk-Krypta verfügt, die weit und breit ihresgleichen sucht. Damit steht Georgsmarienhütte weit besser da als manche andere Kommune. Gleichzeitig hat dieser Bürgermeister auch einen Gegenvorschlag: Wenn schon ein Mahnmal, dann gegen die Gewalt in der Welt allgemein. Und davon gibt es bekanntlich sowohl von rechts

— kaum bekannte Vergangenheit ist? Schließt denn der Vorschlag des Bürgermeisters diese Opfer der Vergangenheit aus? Er schließt doch mehr Opfer ein, als die Jusos mit ihrem Vorschlag gedenken wollen.

Bei allem Engagement, das die Jusos für dieses Mahnmal für Nazi-Opfer zeigen, muß sich der Bürger

aus. Nach außen, so war es gerade zu vernehmen, stellten sich Ratsfraktion und Stadtpartei hinter ihre Nachwuchsorganisation, unterstützen das Anliegen der Jusos. Wie aber wollen die Ratsmitglieder dieser Partei es eigentlich in der Öffentlichkeit verkaufen, daß sie in verschiedenen Ausschußsitzungen gegen ein solches Mahnmal stimmten oder sich der Stimme enthielten?

Was hier bleibt, sind einige peinliche Fragen. Vor allem aber das beschämende Gefühl, daß Opfer menschlichen Terrors für Wahlpropaganda mißbraucht werden. Bleibt zu hoffen, daß alle Beteiligten sich darum bemühen, das „Problem“ Mahnmal in Georgsmarienhütte möglichst schnell zu lösen. Sich mit der Geschichte zu beschäftigen und die Erinnerung daran wachzuhalten, ist höchst notwendig. Darüber aber die Gegenwart zu vergessen, wäre fatal.

Sehr bedauerlich

Von Rolf Kruse

als auch von links mehr als genug.

Auf eine Reaktion zu diesem Vorschlag wartet Bürgermeister Siepelmeyer bis heute vergebens. Was er erntete, waren Vorwürfe bis hin zu der Erklärung, er verpöffe die Atmosphäre. Warum also nur ein Mahnmal gegen vergangenen Nazi-Terror, der für viele junge Menschen heute —

allerdings auch eines fragen: Wie kann sich ein Juso-Vorsitzender für ein solches Mahnmal aussprechen, im selben Atemzug sich aber gegen engere Kontakte zu einer Stadt in Israel aussprechen? Und das läßt sich schwarz auf weiß belegen.

Auch die Ratsmitglieder der SPD sehen in dieser Diskussion nicht gerade gut

JU: Gedenkstein wird wenig bewirken

Georgsmarienhütte. Wenig bewirken wird nach Meinung der Jungen Union von Georgsmarienhütte die derzeit heftig diskutierte Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des nationalsozialistischen Terrorregimes in der Stadt. Auf ihrer letzten Sitzung sprachen sich die JU-Mitglieder dafür aus, daß zur geforderten Geschichtsbewertung hier mehr auf dem Bildungssektor getan werden müsse.

Mit der Krypta in der Heilig-Geist-Kirche in Oesede, so wurde auf der Sitzung bekräftigt, habe man in Georgsmarienhütte bereits ein Mahnmal, das zwar konkret auf den Tod von vier Geistlichen hinweise, aber dennoch stellvertretend für alle Opfer des Nazi-Regimes stehe.

In einem Schreiben an den

Verwaltungsausschuß der Stadt hat die Junge Union aus diesen Überlegungen heraus einen Forderungskatalog aufgestellt. Dieser, so die JU, solle „so schnell wie möglich“ realisiert werden. Im einzelnen fordern die Mitglieder in dem Schreiben:

- Hinweisschilder, die Inhalt und Bedeutung der Krypta erklären; Vervollständigung der städtischen Prospekte, in dem

auf die Bedeutung der Krypta hingewiesen wird; Zusatzschilder an die Straßenschilder, die an Widerstandskämpfer erinnern; die Volkshochschule bitten, Kurse zu diesem Themengebiet anzubieten und eventuell lokale Forschung über Leben und Widerstand im Dritten Reich zu betreiben; Stadtjugendring, Vereine und Schulen zu Ausstellungen und Informationsveranstaltungen zu diesem Themenbereich anzuregen und zu unterstützen.

Stadtblatt

GEDENKSTEIN für die NAZI-OPFER?

GEORGSMARIENHUTTER RAT LEHNT MAHNMAL AB

Ein Paradebeispiel christlich demokratischer Vergangenheitsüberwältigung spielt sich zur Zeit in Georgsmarienhütte ab. Es wird in der Stadt eine Städtepartnerschaft mit der israelischen Stadt Ramat Hasharon beschlossen und in der gleichen Sitzung — für die Tagesordnung ist offensichtlich ein Zylinder verantwortlich — die Errichtung eines Gedenksteines für die

schon behütete man sich weiter mit dem Gedenkstein, zunächst gab es keinen Widerspruch gegen ein Mahnmal.

Dann vertagte man sich, es kam die Sommerpause und dann... Deutschland im Herbst! Hatte man zuvor der Idee noch durchaus positiv gegenüber gestanden, kam von der CDU Anfang Dezember der... hütte braucht keinen

Reaktion bisher gleich Null. Dr. Köhnke (CDU) rechtfertigte das Verhalten seiner Fraktion, Gräueltaten und Völkermorde habe es zu allen Zeiten gegeben, das sei nichts typisch Deutsches. Notwendig wäre zwar eine Aufarbeitung der Vergangenheit, aber die sei mit einem Gedenkstein nicht zu erreichen. Das könne eine Aufgabe der Volkshochschule sein, ergänzte... der JU... Fraktion, die... auch vor... und

Diskussion in Georgsmarienhütte:

Ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus?

Jeder Leser der NOZ wird in den letzten Wochen die Auseinandersetzung um ein Mahnmal für die Opfer des Nazi-Terrors mitbekommen haben. Worum geht es dabei?

Vor einem Jahr kam aus der SPD-Fraktion die Anfrage an die Stadtverwaltung, inwieweit ihr Opfer des Nazi-Regimes aus GM-Hütte bekannt seien; außerdem wurde in der Anfrage angeregt, an zentraler Stelle in GM-Hütte für die Opfer der Nazi-Herrschaft einen Gedenkstein aufzustellen. Zwischen CDU und SPD herrschte im Rat zunächst Einigkeit, daß ein solcher Stein errichtet werden sollte. Im dafür zuständigen Kulturausschuß wurden die Details diskutiert; um eine sachgerechte und keine überstürzte Entscheidung zu fällen, wurde die Entscheidung bis zum Dezember 80 vertagt.

Überraschenderweise lehnte die CDU mit ihrer Mehrheit dann im Dezember die Errichtung eines solchen Steines ab. Sie wollte nur einen Gedenkstein für die Opfer von Gewaltherrschaft schlechthin, nicht nur für die durch Nazis ermordeten.

Bei dieser im großen und ganzen sachlich verlaufenden Diskussion treffen 2 grundsätzlich unterschiedliche Auffassungen aufeinander.

Die CDU scheint der Meinung zu sein, daß der Faschismus in Deutschland ein totalitäres System wie viele andere war und uns nicht näher oder ferner steht als bspw. der Stalinismus in der UdSSR.

Abgesehen davon, daß der deutsche Faschismus in der Geschichte bislang die einzige Ideologie in der Praxis war, die Massenvernichtung im industriellen Maßstab ausschließlich zum Zwecke der Vernichtung von Menschen betrieb, ist für uns diese Auffassung der CDU eine Verharmlosung und Bagatellisierung des 3. Reiches.

Wir meinen, daß wir den deutschen Faschismus als Teil der Geschichte unseres Volkes sehen und uns damit auseinandersetzen müssen. Auch in GM-Hütte war der Faschismus vorhanden: geistig behinderte Personen wurden weggeholt und umgebracht (in mindestens 2 Fällen bekannt), es gab politisch verfolgte Menschen und vermutlich auch aus politischen Gründen ermordete Personen. Sollten wir diesen Opfern des Nationalsozialismus aus unserer Stadt nicht gedenken? Dabei ist es dann eben nicht mit



Eins von 6 Kriegsdenkmalern in Georgsmarienhütte

der Krypta unter der Hl. Geist-Kirche getan - die zum Gedenken an Widerstand aus dem kirchlichen Bereich errichtet wurde; es ist auch nicht getan mit Straßennamen, die zum Gedenken an national bekannte Widerstandskämpfer vergeben wurden.

Ein Gedenkstein, der die 'eigene' Geschichte ignoriert, sich auf Gewalt allgemein bezieht, sagt nichts aus, denn wer wäre denn nicht 'allgemein' gegen Gewalt?

Wir örtlichen Jusos lassen uns nicht von unserem Vorhaben abbringen.

Aus historischer Verantwortlichkeit und aus dem Wissen heraus, einen neuen Faschismus in unserem Land zu verhindern, wollen wir ein Mahnmal für die Opfer des Nationalsozialismus in GM-Hütte - auch ohne und gegen den Willen der CDU-Mehrheit.

Rainer Korte

Spendenkonto für einen Gedenkstein:
Sonderkonto Gedenkstein - Volksbank Georgsmarienhütte
Konto-Nr. 171 455

"Georgsmarienhütte im Gespräch" Mai/Juni 1981

----- für die Opfer des Nationalsozialismus -----

Von den Gm.-hütter Jungsozialisten wurde Anfang 1980 vorgeschlagen, nachzuforschen, welche Gm.-hütter Bürger durch die Unterdrückung durch die Nazis sta- betroffen waren. Im Zeichen der nahenden Kommunal- wahl ist dieser Vorschlag leider in unwürdiger Fo- zum Parteienstreit geworden. Mit dem Bestreben, d- sem Thema wieder die gebührende Sachlichkeit zu v- leihen, haben Vertreter katholischer Jugendverbän- in Gm.-hütte einen Diskussionsvorschlag als Stel- lungnahme des Stadtjugendrings entworfen, der in den Verbänden noch diskutiert werden soll:

- 1) Nicht um den kommunalen Wahlkampf anzuheizen, sondern um der Angelegenheit wieder die gebührende Sachlichkeit zu verleihen, scheint es uns wichtig, zur vorgeschlagenen Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Naziterrors klar Stellung zu be- ziehen.
- 2) Wir haben Verständnis dafür, wenn Menschen, die von dem Unheil selber betroffen waren, an die grau- envollen Ereignisse nicht mehr erinnert werden wol- len.
- 3) Um zu verhindern, daß so etwas noch einmal gesche- hen kann, muß das, was die Nazis in Deutschland an- gerichtet haben und wie es dazu kommen konnte, wach gehalten werden.
- 4) Da die zukünftige Gestaltung der Gesellschaft im- mer Privileg der Jugend ist, haben die Verantwort- lichen die Auseinandersetzung der Jugend mit dem Nationalsozialismus zu fördern.
- 5) Wenn Jugendliche ein äußeres Zeichen setzen wol- len, um ihre ablehnende Haltung gegenüber dem Na- tionalsozialismus zu dokumentieren, und dadurch auch andere warnen wollen, ist dieses vorbehaltlos zu begrüßen.
- 6) Da auch in Gm.-hütte viele Hakenkreuzfahrten ge- hiebt und geschwenkt und Kundgebungen abgehalten wurden, und Unrecht geschah und geduldet wurde, be- steht aller Grund, gerade in Gm.-hütte das Aufstel- len eines Gedenksteines als Ausdruck eindeutiger Distanzierung zu begrüßen.
- 7) Auch wenn es genügend Anlässe gibt, sich gegen andere Ge- ltsituationen in der Welt auszusprechen, würde ein Gedenkstein gegen die Gewalt im Allgemei- nen in der Welt dem Anliegen der Jugendlichen nicht gerecht werden und die Absicht behindern, gegen die Schreckensherrschaft eindeutig Stellung zu beziehen die von deutschem Boden ausging.
- 8) Da die Initiative, einen Gedenkstein für die Op- fer des Nationalsozialismus aufzustellen, von Ju- gendlichen ausging, sollte Art, Gestaltung und Ort auf Vorschlag der Jugendlichen zustandekommen.
- 9) Aus diesen Gründen fordern wir den Rat der Stadt Gm.-hütte auf, diese Stellungnahme umgehend klar zu unterstützen und den Stadtjugendring zu beauftragen eine Konzeption für den aufzustellenden Gedenkstein zu erarbeiten.
- 10) Der Stadtjugendring wird die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus fördern.

"Sprachrohr" Juni 1981

NOZ 2.6.81

Georgsmarienhütte. „Die Frage der Aufstellung eines Gedenksteines für die Opfer der Nazi-Herrschaft ist zu ernst, als daß man sie zum Wahlkampfthema machen sollte. Das Thema sollte daher bis nach der Kommunalwahl verschoben werden.“ Das schlagen die Georgsmarienhütter Jungsozialisten in einer Stellungnahme vor.

Die Jusos widersprechen in ihrer Erklärung den Äußerungen Bürgermeister Siepelmeyers, der dem SPD-Nachwuchs vorgeworfen hatte, die Forderung nach einem solchen Mahnmahl zu Propaganda und Wahlkampf zu benutzen.

Bereits eineinhalb Jahre vor der Kommunalwahl, im April 1980, sei im Rat eine entsprechende Anregung gemacht worden, betont Juso-Vorstandsmitglied Hengelbrock. Nicht die Jusos, sondern die CDU sei dafür verantwortlich, daß in den Ratsausschüssen dieses Thema immer wieder

Nach der Kommunalwahl wieder diskutieren

Jusos nehmen Stellung zum Thema „Gedenkstein“

hinausgeschoben worden sei.

In der Stellungnahme der SPD-Nachwuchsorganisation heißt es weiter, daß es „der Sache des Gedenkens der Nazi-Opfer wenig dienlich sei, wenn das Thema Gedenkstein im Wahlkampf kontrovers diskutiert“ würde. Die Jusos seien daher bereit, alle öffentlichen Erklärungen und Aktionen zu diesem Thema bis zur Kommunalwahl am 27. September einzustellen und erst am 16. Oktober in einer öffentlichen Diskussion die Forderung nach dem Gedenkstein wieder aufzugreifen, in der Hoffnung, daß dann eine sachliche Diskussion wieder möglich sei.

Die Einstellung aller öf-

fentlichen Aktionen bedeute allerdings nicht, daß die Jusos die Errichtung eines Mahnmahls nicht weiter verfolgen würden. Sie wollen laut ihrer Stellungnahme auch weiterhin Geld und Unterschriften für den Gedenkstein sammeln und darüber hinaus die Zeit bis zur Wahl nutzen, Nachforschungen über die Verfolgung von Nazigeignern zur Zeit des Dritten Reiches in Georgsmarienhütte anzustellen. Dies soll nach der Kommunalwahl in einer Dokumentation zusammengefaßt werden. Abschließend erklärten die Jusos, sie hofften, daß mit dieser Stellungnahme die Diskussion über den Gedenkstein für die Nazi-Opfer auf eine der Sache angemessene Ebene zurückgeführt werden könne.

Mit diesem Artikel haben wir Anfang Juni die Diskussion um die Errichtung eines Mahnmahls für die Opfer des Naziregimes in Gmhütte abgebrochen.

Heute nun, nach der Kommunalwahl, nehmen wir diese Diskussion wieder auf. Wir hoffen, daß nun sachlich über dieses ernste Thema gesprochen werden kann, daß diese Diskussion befragt zu einer Aufarbeitung der Zeit zwischen 1933 und 1945 und daß wir letztlich auf diese Weise einen kleinen Beitrag dazu leisten, daß diese Vergangenheit sich nicht wiederholt.

NIE WIEDER FASCHISMUS - NIE WIEDER KRIEG !

Wenn Sie anderer Ansicht sind als dieser nette Herr können Sie uns folgendermaßen unterstützen:

1. Durch Ihre Unterschrift auf der Unterschriftenliste.
2. Durch eine Spende auf das Sonderkonto Gedenkstein.
3. Indem Sie uns Namen von Verfolgten und Ermordeten aus der Zeit des III. Reiches aus dem heutigen Stadtgebiet nennen.

Für Ihre Hilfe "Vielen Dank"!



"Wer sowas unterstützt, ist für mich ein Utopist oder ein Träumer - auf jeden Fall spielt er das Spiel Moskaus!"

Sonderkonto Gedenkstein
Volksbank Oesede
Kto. Nr. 17455
Blz. 265 659 28

Betr.: Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer
des Nationalsozialismus in Georgsmarienhütte

Die Unterzeichner unterstützen die Forderung nach der Errichtung eines Gedenksteines für die Opfer des Nationalsozialismus aus dem Gebiet der heutigen Stadt Georgsmarienhütte. Das Mahnmal soll in schlichter Ausführung auf dem Marktplatz in Oesede an geeigneter Stelle aufgestellt werden.

Name	Anschrift	Unterschrift

Bitte einsenden an:
Reinhold Thiede jun., Am Sundern 7, Gmhütte.